

Bericht aus dem Landesbüro NRW für die Mitgliederversammlung

Von Achim Wölfel, Leiter Landesbüro

23.10.2021

In den letzten 12 Monaten haben wir uns insbesondere mit der Veröffentlichung des Enquete-Berichts „Subsidiarität und Partizipation“, mit der ersten bundesweiten und selbstorganisierten Volksabstimmung Abstimmung21, mit Bürgerräten sowie mit einem geplanten Wählergruppentransparenzgesetz beschäftigt, um nur vorab einmal die großen Punkte zu nennen. Was das genau bedeutet und was darüber hinaus noch passiert ist – darüber soll im Folgenden ein Überblick gegeben werden.

Personal

Ina Kuhl, seit Oktober 2020 im Rahmen eines einjährigen Trainee-Programms bei uns in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig, ist seit Anfang Oktober 2021 unbefristet beim Landesverband NRW angestellt. Der Landesverband teilt sich die Stelle zu gleichen Teilen mit dem Bundesverband, bei dem Ina ebenfalls im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig ist. Ina war vor ihrem Trainee-Programm bereits als Praktikantin sowie als studentische Mitarbeiterin im Kölner Landesbüro beschäftigt.

Weiterhin wird das Landesbüro seit August dieses Jahres von Rechtsreferendar Jacob Lauhof unterstützt, der einen Teil seiner juristischen Ausbildung bei uns absolviert. Jacob wird noch bis Ende Oktober 2021 bei uns beschäftigt sein. Er befasst sich insbesondere mit den Themen digitale Unterschriftensammlung, Lobbykontrolle und Transparenz. Jacob hat damit die Nachfolge von Rechtsreferendarin Isabell Schwiering angetreten, die bis Mai 2021 bei uns tätig war. Außerdem beschäftigt das Landesbüro das ganze Jahr über regelmäßig Praktikantinnen und Praktikanten in unterschiedlichen Projekten, die uns tatkräftig bei unserer Arbeit unterstützen.

Bundestagswahl 2021

1. Direkte Demokratie: Unser Landesverband hat sich sehr stark für das Projekt Abstimmung21, die erste bundesweite und selbstorganisierte Volksabstimmung eingesetzt. Dazu haben wir als Bündnispartner zahlreiche Veranstaltungen gemacht und unterstützt. Mehr Informationen folgen im Bericht aus dem Landesvorstand.
2. Bürgerräte: Im Rahmen der Kampagne unseres Bundesverbands zur Bundestagswahl wurden insgesamt 40 Wahlkreispodien mit Kandidierenden aus ganz Deutschland zum Thema Bürgerräte durchgeführt. Darunter waren viele Veranstaltungen in Wahlkreisen hier in NRW. Unser Landesbüro war in die Organisation, technische Betreuung und Moderation der Veranstaltungen eingebunden. Die Bemühungen unseres Vereins dürften nicht ganz unschuldig daran sein, dass die Forderung nach Bürgerräten auf Seite 1 des Sondierungspapiers von SPD, Grünen und FDP gelandet ist.

Wählergruppentransparenzgesetz

Anfang Oktober brachten die beiden Regierungsfractionen von CDU und FDP einen Gesetzentwurf zu mehr Transparenz bei Wählergruppen und Bürgerbegehren, das sogenannte Wählergruppentransparenzgesetz, in den Landtag ein. Unser Verein begrüßt

grundsätzlich und ausdrücklich die Intention, mehr Transparenz auf allen Ebenen unseres politischen Systems herzustellen.

Allerdings weist der eingebrachte Gesetzentwurf erhebliche Mängel und Missverständnisse mit Blick auf Bürgerbegehren auf, die dazu führen könnten, dass aus einem berechtigten Anliegen mehr und mitunter abschreckende Hürden für Bürgerbeteiligung resultieren. Wir versuchen intensiv, dies zu verhindern und werden die weitere Entwicklung des Gesetzentwurfs aufmerksam und konstruktiv begleiten. Zur nächsten Anhörung im Landtag sind wir als Sachverständige eingeladen.

Projekt Erstwahlhelfer 2021

Bereits seit vielen Jahren unterstützt der Landesverband NRW bei Wahlen Kommunen bei der Suche nach Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, so wie bspw. zuletzt bei der Kommunalwahl 2020. Auch bei dieser Bundestagswahl haben wir diese Aktion wieder durchgeführt. Dieses Mal allerdings weiterentwickelt und in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern wie dem Willie-Eichler-Bildungswerk in Köln und dem Haus Rissen in Hamburg. So haben wir einerseits wie gewohnt für eine Wahlhelfertätigkeit geworben und Kommunen bei der Suche nach Wahlhelferinnen und Wahlhelfer unterstützt. Andererseits haben wir dieses Mal aber auch einen Fokus auf junge Menschen gelegt, die zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl wählen durften und sich gleich auch dazu entschlossen haben, Wahlhelfer bzw. Wahlhelferin zu sein. Für diese haben wir zweitägige Ausbildungsseminare angeboten, in denen wir sie auf ihre Wahlhelfertätigkeit vorbereitet haben.

Enquete-Bericht „Subsidiarität und Partizipation“

Nach rund zweieinhalb Jahren Beratung haben die im Landtag vertretenen Fraktionen den Abschlussbericht zur Enquete-Kommission „Subsidiarität und Partizipation“ veröffentlicht. Der Bericht enthält zahlreiche Empfehlungen, die so auch Position von Mehr Demokratie sind. Besonders hervorzuheben sind Empfehlungen zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene, zur Einführung eines Lobbyregisters und zu Bürgerräten. Auch einige Prüfaufträge sind positiv zu bewerten, etwa zu den Hürden von Volksbegehren.

Für unsere Kampagnenarbeit zur Landtagswahl 2022 geben uns die Enquete-Ergebnisse eine hervorragende Grundlage für unsere Forderungen. Zwischenzeitlich wurden bereits zahlreiche Pressemitteilungen verschickt mit Verweisen auf den Enquete-Bericht. Bis zur Landtagswahl ist Austausch mit Abgeordneten zum Enquete-Bericht geplant, auch um eine gewisse Verbindlichkeit herzustellen und Chancen für Reformen zu identifizieren. Gespräche haben bereits mit Fachpolitikerinnen und -politiker von SPD, Grünen, FDP und CDU stattgefunden.

Halbjahresbilanz Bürgerbegehren 2021

Wie jedes Jahr veröffentlichte der Landesverband eine Halbjahresbilanz zur Praxis kommunaler Bürgerbegehren in NRW. Diese stieß auf solide mediale Resonanz. Im Fokus des Berichts standen die besonderen Hürden für Bürgerbegehren in Zeiten von Corona und die damit verbundenen rückläufigen Zahlen für neu eingeleitete Verfahren. Wurden im vergangenen Jahr bis zur Jahresmitte noch 24 Verfahren neu eingeleitet, waren es in diesem Jahr nur 17 im gleichen Zeitraum.

Der Halbjahresbilanz liegen wie immer die Daten der Bürgerbegehrensdatenbank zugrunde, die deutschlandweit einmalig ist und von Mehr Demokratie gemeinsam mit dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung der Bergischen Universität Wuppertal betrieben wird.

Bürgerbegehrensberatung

Die weit überwiegende Zahl der direktdemokratischen Initiativen in NRW wird bzw. wurde von Mehr Demokratie beraten. Ebenfalls über unser Landesbüro läuft ein Großteil der Bürgerbegehrensberatung in Rheinland-Pfalz. Nicht unerwähnt sollte an dieser Stelle auch die Beratung durch unsere ehrenamtliche Landesvorständin Gisela von Mutius bleiben, an der kein Weg vorbeiführt, wenn in Bonn ein Bürgerbegehren geplant wird.

Landesvorstandswahl

Die nächste Vorstandswahl unseres Landesverbands findet im Herbst 2022 statt.

Mitgliederzahlen & Social Media

Der Landesverband hat Ende September insgesamt 1743 Mitglieder (2020: 1644; 2019: 1593). Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs in Höhe von 99 Mitgliedern. Nordrhein-Westfalen ist damit nach Bayern und Baden-Württemberg der mitgliederstärkste Landesverband. Die Mitgliederzahl umfasst hierbei Mitglieder, Fördermitglieder und Partnermitglieder.

Die Kennzahlen für die Social Media-Accounts und den Newsletter-Verteiler des Landesverbands gestalten sich Stand Oktober 2021 folgendermaßen:

- Facebook: 4078 Likes (2020: 3945)
- Twitter: 11921 Follower (2020: 12128)
- Instagram: 1373 Follower (2020: 1271)
- NL-Abonnenten: 27864 Adressen (2020: 29986)

Ausblick

Nach der Kommunalwahl im letzten Jahr und der Bundestagswahl in diesem Jahr, steht mit der Landtagswahl im Mai 2022 das nächste politische Großereignis in NRW an. Um die Landtagswahl geht es auch schwerpunktmäßig bei unserer heutigen Mitgliederversammlung, wenn wir heute Nachmittag gemeinsam Aktions- und Kampagnenideen sammeln werden.

Wir werden unsere Vorstellungen einer gelingenden Demokratie möglichst frühzeitig, die heutige Versammlung kann hier durchaus als Auftakt verstanden werden, an die Parteien und Kandidierenden herantragen. Hierzu zählen sowohl Forderungen zu den Regelungen für Bürgerbegehren und Volksinitiativen, als auch neuere Schwerpunkte, wie etwa die Forderung nach Einführung des fakultativen Referendums, wofür sich unsere Mitglieder vor zwei Jahren bei einer Mitgliederversammlung ausgesprochen haben, sowie möglicherweise auch bald die Forderung nach einem verpflichtenden Lobbyregister, wozu im Laufe der heutigen Mitgliederversammlung ein entsprechender Antrag behandelt wird.